

Die LINKE Reinickendorf wünscht allen Lesern schöne Feiertage sowie ein gesundes, erfolgreiches und friedliches 2014!

Felix Lederle: Die Richtung stimmt LINKE bleibt bürgernahe Kümmererpartei

Die Mitglieder der Reinickendorfer LINKEN haben am 9. November turnusgemäß einen neuen Bezirksvorstand gewählt. WiR sprach mit dem wieder gewählten Bezirksvorsitzenden Felix Lederle über die Bilanz der politischen Arbeit der letzten zwei Jahre und die Aufgaben und den Ausblick für die nähere Zukunft.

Felix, DIE LINKE hatte sich nach den Wahlen 2011 einiges vorgenommen. Wie sieht die Bilanz aus?

Der Bezirksvorstand hat nicht alle Ziele erreicht, die wir uns vor zwei Jahren selbst gesteckt haben, aber einiges wurde mit Hilfe unserer engagierten Mitglieder auf den Weg gebracht, und die Richtung stimmt. Nach wie vor bleibt die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre, deutlich mehr aktive Mitglieder zu gewinnen und Schritt für Schritt eine immer bessere Verankerung der LINKEN im Bezirk zu erreichen.

Es ist uns u.a. gelungen, den notwendig gewordenen Umzug der Geschäftsstelle ohne größere Nachteile zu meistern, unsere Öffentlichkeitsarbeit auf das vielfach veränderte Mediennutzungsverhalten umzustellen (Blog, Facebook, Online-Ausgabe der „WiR“), die Finanzen des Bezirksverbandes zu stabilisieren und eine neue, aktive Gruppe von linksjugend /solid/ ins Leben zu rufen.

Merken die Reinickendorfer Bürger etwas von der LINKEN im Bezirk?

Obwohl wir nicht in der BVV vertreten sind, haben wir unser kommunalpolitisches Profil insbesondere

auf dem sozialpolitischen Kompetenzfeld geschärft. Erreicht haben wir dies durch insgesamt 24 Einwohnerfragen und eine beharrliche, zunehmend auch von der lokalen Presse berücksichtigte Öffentlichkeitsarbeit des Bezirksverbandes und unseres Landtagsabgeordneten, Hakan Tas.

Ein bezirksübergreifendes Berliner Thema war der Umgang mit Flüchtlingen aus Krisen- und Kriegsgebieten.

Gemeinsam haben wir Solidarität mit den in Reinickendorf untergebrachten Flüchtlingen nicht nur gefordert. Durch die Beteiligung am Unterstützung-Netzwerk, durch mehrere Heimbesuche, die Teilnahme am Begegnungsfest in der KBoN, diverse Spenden und tatkräftige Hilfe von Mitgliedern wurde diese auch mit Leben gefüllt.

Diese beispielhafte Verknüpfung von politischer Forderung und konkreter Hilfeleistung, die uns in Zukunft auch auf anderen Politikfeldern besser gelingen muss, weist uns den Weg weiter zu einer bürgernahen Kümmererpartei für Reinickendorf.

DIE LINKE hat bei den Bundestagswahlen in Reinickendorf 7,9 Prozent

der abgegebenen Stimmen bekommen. Nun stehen im kommenden Jahr die Wahlen zum Europaparlament an. Warum soll man DIE LINKE wählen?

Wir stehen im kommenden Jahr vor der Herausforderung, einen engagierten Europawahlkampf zu bestreiten. Es gilt, deutlich zu machen, dass Europapolitik konkrete Auswirkungen auf die Alltags- und Lebensfragen der Menschen in Deutschland hat und somit alle angeht. Der Mangel an Solidarität in Deutschland und Europa verursacht permanente Krisen. Ein soziales und demokratisches Europa ist aber möglich - und dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Wir hoffen natürlich, dass wir in Reinickendorf ein gutes Ergebnis erreichen. DIE LINKE wird als politische und soziale Interessensvertretung gebraucht. Nicht nur die Unzulänglichkeiten des inzwischen vorliegenden Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD führen dies deutlich vor Augen.



Karikatur:
Yusuf Dogan

Neuer Bezirksvorstand

Dem Vorstand gehören wiederum sechs Mitglieder an. Bezirksvorsit-



zender bleibt der 38-jährige Politikwissenschaftler Felix Lederle (4. von links). Stellvertreter sind die 53-jährige Sigrun Merkle, Ausbilderin in der Erwachsenenbildung, und der Orientalist Dr. Klaus Gloede (73). Weitere Mitglieder sind die 58-jährige Krankenpflegerin Doris Hain, der Bildungsreferent Dr. Alexander Bischoff (37), und die Studienrätin im Ruhestand Marion Kheir (63).

„Leuchtturm“ oder unpraktischer Luxusbau? Wie die CDU Reinickendorf ein „Trauer-Lehrstück“ in Demokratie aufführt

BBV-Splitter

24. Sitzung, 13.11.2013

Reinickendorf anno 2013: Das Europäische Gymnasium Bertha-von-Suttner braucht im Ganztagsbetrieb für seine 1 300 Schülerinnen und Schüler eine Mensa. Der Bezirk hat für den Bau 1,5 Mio. Euro zur Verfügung. Ein Architektenbüro hat schon einen Entwurf vorgelegt. Für eine Ausschreibung ist keine Zeit mehr; wenn die Unterlagen bis zum Haushaltsbeschluss nicht vorliegen, fliegt der Mensabau

ist nicht in der Lage, für Transparenz und eine anständige Kommunikation „in ihrem Laden“ zu sorgen. Wie schon so oft in den vergangenen Monaten.

Interessant, dass Senatsbaudirektorin Lüscher - wie verlautet - den Bezirksentwurf für „ein erschütterndes Projekt“ hält. Ihre Einladung in das Baukollegium Berlin hat Herr Balzer wohl nicht wahrgenommen.

Die „Reinickendorf-Partei“ ruht selbstgefällig in sich. Alles sei „architektonisch und finanziell vernünftig geplant“. „Es wird keine andere Planung geben“, befindet CDU-Fraktionsvorsitzender Stephan Schmidt.

„Enttäuschender Ausflug in die wirkliche Politik“

Schulleiterin Jutta Randelhoff-Szulczewski urteilt auf der Homepage des Gymnasiums: „Kommunikation, Transparenz und Beteiligungskultur: Mangelhaft“. Die Beteiligten hätten ein Lehrstück in Sachen Politik erlebt, „wie sie sicher nicht sein sollte“. Schüler, Eltern und Lehrer hätten gelernt, „dass Engagement und Ehrenamt von den anwesenden bezirklichen Spitzenpolitikern Reinickendorfs nicht nur nicht gewürdigt, sondern als lästig und irritierend empfunden werden.“ Das sei ein Politikbild, das mit dem, das in der Schule vermittelt werde, nicht übereinstimme.

Gesamtelternvertretungs-Vorstand Mechthild Zumbrägel ergänzt im „NordBerliner“: „Die führenden Reinickendorfer Politiker der CDU präsentieren sich ... als kritikunfähig, unlehrbar und wenig bürgernah.“

Im Bezirksschulbeirat wird das „Kommunikations-Desaster“ kritisiert, eine rechtzeitige Beteiligung der Nutzer gefordert und ein Rund-Tisch-Gespräch zwischen den Konfliktparteien empfohlen. Angeregt durch die Beratung, fordert die SPD in der BBV eine transparente Bürgerbeteiligung auch an Reinickendorfer Schulen.

Das Demokratieverständnis der Reinickendorfer CDU ist erschütternd. Ob die Erfahrungen bis zur nächsten Wahl im Gedächtnis bleiben, fragen

Klaus Gloede und Dennis Wendländer

Die BBV verabschiedet eine von allen Fraktionen eingebrachte Resolution „NEIN zur neuen Gebührenordnung am Flughafen TXL“ (Drs.-Nr.:0568/XIX). Danach sollen ab 2014 die Landeentgelte für die Mehrzahl der Landungen in Tegel reduziert werden. Subventioniert wird der Aufbau zusätzlicher Flugverbindungen nach TXL - und die Lärmbelastung für die Anwohnerinnen und Anwohner wüchse weiter an. **Die Reinickendorfer LINKE unterstützt diese Resolution.**

Marion Kheir (DIE LINKE R'dorf) stellt eine Einwohnerfrage (EF) zur begrüßenswerten Initiative des Bezirksamtes (BA) und der Polizeidirektion 1 „Vorsicht! Einbrecher! Seien Sie wachsam!“ Bezirksbürgermeister Balzer (CDU) antwortet, es gehe um „auffälliges Verhalten“, nicht um langsam fahrende PKWs in 30er Zonen, und natürlich unterstütze er nicht den Aufbau von Bürgerwehren.

Schulstadträtin Schultze-Berndt (CDU) beantwortet die EF von Dennis Wendländer, Mitglied des Bezirksschulbeirates, nach den Folgen, die durch den geplanten Wegfall von Sozialarbeitern in Reinickendorfer Schulen entstehen. Die Streichung würde 4 1/2 Schulen im Bezirk treffen. Auf Empfehlung des Schulausschusses beschließt die BBV den Dringlichkeitsantrag „Schulsozialarbeit sichern!“. Dem BA wird darin empfohlen, „sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die bestehenden Standorte von Jugendsozialarbeit an allen Reinickendorfer Schulen im vollen Umfang erhalten bleiben und in die Regelfinanzierung überführt werden“ (Drs.-Nr. 0571/XIX). **Die Reinickendorfer LINKE unterstützt auch diesen Beschluss.**

Die dritte EF und eine Mündliche Anfrage befassen sich mit der umstrittenen **Bau-Planung für die Mensa am Bertha-von-Suttner-Gymnasium.** (s. nebenst. Bericht)

Eine Große Anfrage der SPD beantwortend, vermittelt Bezirksstadträtin Schultze-Berndt ein realistisches Bild über die **Situation der Graphothek.** In einer Entschliebung wird das BA ersucht, „ein Konzept zur besseren Außendarstellung der Graphothek Berlin zu erstellen“ (Drs.-Nr.: 0577/XIX). **F. W.**

Foto: Klaus Gloede



Das Bertha-von-Suttner-Gymnasium

sich übergangen, überrumpelt und legen einen eigenen Entwurf vor, der den Bedürfnissen des Gymnasiums besser entsprechen und 600 000 Euro weniger kosten soll. Diesen wiederum lehnt das Bezirksamt als nicht realisierbar ab.

Wie geht die Politik mit dem Konflikt um?

Bezirksverordnetenversammlung (BBV), Schul- und Bauausschuss, Bezirksschulbeirat, Gesamtelternvertretung beraten. Betroffene protestieren, fragen nach, debattieren im Internet. Auch die Presse berichtet. Die SPD stellt 35 Fragen im Ausschuss. B90/Grüne hören wenigstens zu. Bezirksbürgermeister Balzer (CDU) scheint schockiert: „Wir haben Kritik und Ablehnung in einer solchen Form noch nicht erlebt.“ Wo gibt's denn so was! Den Lehrern und Eltern spricht er faktisch jedes Recht ab mitzureden: „Der Bezirk ist Eigentümer der Gebäude und hat Erfahrungen beim Bau von Schulmensen. Die Schüler sind Gäste, und in den nächsten Jahren gibt es wieder neue Elternvertreter“.

Dabei verlangt das Berliner Schulgesetz in §76 (3) Pkt. 4, die Schulkonferenz müsse vor Entscheidungen über größere bauliche Maßnahmen an der Schule angehört werden. Und was macht die zuständige Stadträtin? Sie

Mehr zur Geschichte des Konflikts: www.bertha-von-suttner.de/unsere-philosophie/kurzinformation/schule/mensa/



Mehr Information zur Politik in Reinickendorf, der Arbeit der BBV und der LINKEN Reinickendorf unter:

www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales

Linke Stimme für Nordberliner Ein Pankower im Bundestag - auch für Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürger

Als vor 24 Jahren an der Bornholmer Straße das Mauerdornino seinen Ausgangspunkt nahm, war die Hoffnung groß, dass Berlin bald wieder auch eine homogene Stadt sein wird. Doch in der damaligen Euphorie war wohl eher Wunschdenken der Vater des Gedankens, so manche für überwunden erachteten Grenzen sind bis heute noch immer erlebbar. Zuletzt zum Beispiel bei den Bundestagswahlen. Während sich in Reinickendorf am 22. September Frank Steffel von der CDU zum zweiten Mal über einen Wahlsieg freuen konnte, erhielt im Nachbarbezirk Pankow der LINKE Stefan Liebich erneut die meisten Stimmen.

Gegensätzliche Positionen

Die Positionen der beiden Politiker können in vielen Fragen nicht unterschiedlicher sein. Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete kann sich noch immer einen Weiterbetrieb von Tegel auch nach der Eröffnung von BER in Schönefeld vorstellen, und sei es als Regierungsflughafen. Der Pankower tritt dagegen entschieden für eine vollständige Schließung von Tegel ein und fordert Entschädigungen für lärmgeplagte Anwohner. Auch

bei anderen Themen liegen Reinickendorf und Pankow im Bundestag diametral auseinander. Der „Schwarze“ gibt Kampfeinsätzen der Bundeswehr im Ausland seinen Segen, der „Rote“ lehnt derartige Einsätze entschieden ab. Und während der CDU-Mann lange gegen einen flächendeckenden Mindestlohn argumentierte, war der Linke von Anfang an dafür.

Angebot an Reinickendorfer

Es ist wahrlich kein Wunschdenken, wenn wir sagen, dass trotzdem auch in Reinickendorf sehr viele Menschen Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland ablehnen, einen auskömmlichen Lohn für längst überfällig halten und sich danach sehnen, dass endlich, endlich der Flughafen Tegel vollständig geschlossen wird. All diesen Menschen in Frohnau, Tegel, Reinickendorf-Ost wie -West, Heiligensee und Konradshöhe, in Borsigwalde, Waidmannslust, Wittenau und Hermsdorf, im bäuerlichen Lübars wie im großstädtischen Märkischen Viertel stehen Stefan Liebich und sein Team gern zur Seite. Als Ihre Nordberliner Stimme auch im Bundestag.

Hartmut Seefeld

„Wir können und müssen mehr tun...“

Reinickendorfs Integrationsbeauftragter Oliver Rabitsch zu Gast bei der LINKEN

Sein Aufgabengebiet ist umfangreich, es erfordert viel Einfühlungsvermögen, gute Ideen und Kooperationsbereitschaft. Hört man ihm zu, wird schnell deutlich, Oliver Rabitsch hat diese Eigenschaften und er bringt die Leidenschaft mit, die man braucht, um mit beschränkten Sachmitteln (4 000 EUR p.a.) viel zu bewirken.

Schnittstelle und Brücke

Seit November 2012 ist er nun Integrationsbeauftragter im Bezirksamt Reinickendorf, ist Ansprechpartner für die über 50 000 im Bezirk lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Herr Rabitsch fungiert gleichzeitig als Schnittstelle und „Brücke“ für Vereine, Kiezrunden, arbeitet und wirkt mit in Ausschüssen, dem Integrationsrat und Netzwerken und bei Finanzfragen.

Aktuell beschäftigen ihn vornehmlich die Situation der Flüchtlinge, der Roma sowie verschiedene anlaufende Projekte - nicht zuletzt das bezirkliche Integrationskonzept. Auch die interkulturelle Öffnung des Bezirksamts sei ausbaufähig. Es wäre zu früh, ein Urteil abzugeben, doch auch hier wird er gebraucht. Ein Tätigkeitsbericht wird demnächst vorliegen.

Die ca. 20 Integrationslotsen im Bezirk wird man nicht halten können. Er hofft aber, dass künftig sieben Stellen dauerhaft regelfinanziert werden können. Gebraucht werden alle. Sie leisten notwendige und engagierte Arbeit.

Flüchtlinge im Fokus

Die ca. 700 Flüchtlinge und Asylbewerber in Reinickendorf haben in Herrn Rabitsch einen kompetenten und engagierten Ansprechpartner.

Kontakt

Bundestagsbüro:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel: 030-227-73621
Fax: 030-227-76621
stefan.liebich@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Breite Straße 11a, 13187 Berlin
Tel: 030-49987408
Fax: 030-49301985
stefan.liebich@wk.bundestag.de



Jeder Mensch sollte frei sein, seinen Lebensort zu suchen.

*Für Menschen in Not sollten offene Grenzen in der Europäischen Union existieren, sagt der Linken-Politiker **Stefan Liebich**. „Politiker haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Verhältnisse in der Welt nicht so sind, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen.“*

Deutschlandfunk am 8.10.2013

Stefan Liebich auf TXL-Lärm-Demo am 30. August 2013

Noch mehr Plätze werden gebraucht, passende Gebäude gesucht. Inzwischen sei aber die Betreuung, die Beschulung, die gesamte Situation „so gut, wie sie sein kann“. Erfreulich ist, dass die beschworenen Anstiege von Kriminalität und Verschmutzung im Umfeld sich als völlig haltlos erwiesen haben. Die Spenden- und ehrenamtliche Hilfsbereitschaft nehmen dagegen ständig zu.

Akzeptanz befördern

Akzeptanz kann durch die Politik befördert werden - ein Thema auch im bezirklichen Unterstützer-Netzwerk, in dem auch DIE LINKE mitarbeitet. Oliver Rabitschs Konzept hat Präferenzen: Schule, Kita, interkulturelle Angebote, Sport und menschenwürdiges Wohnen. „Wir können und müssen mehr tun, Mit Deutschkursen und Fußball-AG ist es nicht getan...“.

Jürgen Schimrock



Foto: Jürgen Schimrock

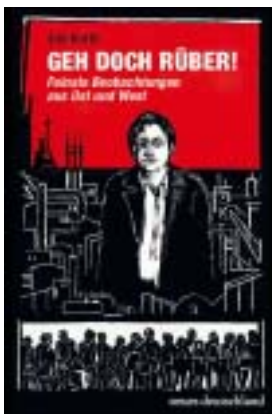
Herr Rabitsch (im Bild rechts) ist im Rathaus Reinickendorf, Zimmer 101 A, und telefonisch unter 90294 - 4125, sowie per Email unter oliver.rabitsch@reinickendorf.berlin.de zu erreichen.



Jan Korte „GEH DOCH RÜBER! Feinste Beobachtungen aus Ost und West“

Als Linker, der aus dem Westen in den Osten ging, hatte Jan Korte allerlei zu lernen: Warum man im Osten sein Gegenüber mit Handschlag begrüßt - und im Westen besser darauf verzichtet.

aus: *Buchwerbung, ND Verlag*
Was für ein Lesespaß. Mit der ersten Seite entfaltet sich ein Schmunzeln auf dem Gesicht. Das bleibt bis zur letzten Seite erhalten. In all den Jahren hat er so manche lustige Anekdote erlebt, genau beobachtet und sie jetzt aufgeschrieben. Das grundsympathische ist, dass Korte immer mitten drin ist. Wenn er sich über Wessis lustig macht, dann meint er auch



Jan Korte liest aus seinem Buch und diskutiert mit uns über seine Arbeit im Deutschen Bundestag am 15. Januar 2014 um 19 Uhr in der Regionalgeschäftsstelle Berlin Nord der LINKEN, Fennstr. 2.

immer sich selbst. Und wenn er über die wunderlichen Osis berichtet, dann merkt man schnell, wie sehr er schon selbst zu einem geworden ist.

Er kann und will nicht verschweigen, dass er mit Leib und Seele bei der Sache und den Menschen ist und insofern absolut parteiisch. Ob es um die vereinigten Kleingärtner geht oder die enthusiastischen Angler, zu denen Korte sich im Übrigen selber zählt, er ist ganz bei ihnen, nimmt sie ernst und kann genau deshalb über die Wundersamkeiten lächeln.

aus: *Rezension im Blog von Kerstin Liebich*

Am Rande

Totschlagargumente im Grundgesetz?

Streitgespräche und Talkrunden zum Thema Flüchtlinge und Asylbewerber in Europa und Deutschland laufen in dieser Zeit auf allen TV-Kanälen. Oft wird „Tacheles“ geredet. So auch unlängst in der gleichnamigen Talkshow der evangelischen Kirche.

Wie in unserem Land Flüchtlinge und Asylbewerber behandelt werden bzw. sollen, dazu gibt es unterschiedliche, manchmal unversöhnliche Ansichten. Der Austausch von sachlichen Argumenten aber ist Grundlage jeder Demokratie - und die deutsche Verfassung der allgemein gültige Rahmen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Der erste Satz des Grundgesetzes. Die Würde aller (!) Menschen - auch die von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Dieser Satz ist die Grundlage für die Bewertung politischen Denkens und Handelns - nicht verhandelbar. Das ist u.a. auch Teil des christlichen Wertekanons.

Bemerkenswert daher die Aussage des Diskutanten Burkard Dregger, für die Reinickendorfer CDU seit 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus: „Also, wenn wir immer die Menschenwürde als Totschlagargument einsetzen, ersticken wir politische Diskussionen um das Notwendige.“

Muss man um die Verfassungstreue der CDU fürchten? Steht das „C“ nun wirklich zur Disposition? Was ist das „Notwendige“, das man nicht mit an der Menschenwürde messen soll?

Menschen in Not besitzen oft nicht viel mehr als ihre Würde. Sie werden damit niemanden totschiagen.

Reineke Fuchs

Termine

Am Sonntag zu Rosa und Karl 12. Januar 2014, 9 bis 13 Uhr, Gedenkstätte der Sozialisten (Friedrichsfelde).

Der Landesvorstand (DIE LINKE Berlin) betrachtet das stille Gedenken in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, die Demonstration zur Gedenkstätte, die Aktivitäten des »Bündnisses Karl und Rosa« sowie die Kranzniederlegung am Landwehrkanal als Bestandteile der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 95. Jahrestages ihrer Ermordung.

Jan Korte, geboren 1977 in Osnabrück, verheiratet, eine Tochter, Politikwissenschaftler, Mitglied der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2005, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender (2013), Leiter des Arbeitskreises Demokratie, Recht und Gesellschaftsentwicklung



DIE LINKE ehrt die Opfer der Reichspogromnacht und des Massakers von Lidice im Rathauspark am 9. November 2013

Foto: Klaus Gloede

rem kollektiven Gedächtnis dazu. So gedenken wir heute an das Schicksal Lidices, das ein Symbol für alle nationalsozialistischen Kriegsverbrechen geworden ist.

Wir sind verpflichtet an Lidice zu gedenken, um den Menschen inhumanes Verhalten zu verdeutlichen und damit solch ein Leid zukünftig zu verhindern. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass wir unsere Geschichte aufarbeiten, uns ihrer bewusst bleiben und aus ihr lernen - ein wichtiger Grund dafür, dass wir gedenken. Letztlich müssen wir auch rückwärts blicken, um nach vorne schauen zu können.“

Victoria B. und Antonia S. vom Bertha-von-Suttner-Gymnasium in der Gedenkfeier zum 9. November 2013

Wozu gedenken?

„Es ist zu einer langjährigen Tradition an unserer Schule geworden, sich mit den nationalsozialistischen Verbrechen, vor allem am Beispiel Lidices, zu befassen... Manchmal scheint es so, als wäre es einfacher die Geschichte zu vergessen, jedoch besteht die Notwendigkeit zu gedenken. Geschichte lässt sich nicht verdrängen und beiseiteschieben. Sie gehört zu unse-

Quelle: www.bertha-von-suttner.de

Impressum
Herausgeber: Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE, Vi.S.d.P.: Felix Lederle

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE, Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Kontonummer: 525 6078 00.

Hier finden Sie uns:



Regionalgeschäftsstelle Berlin Nord

Fennstraße 2, 13347 Berlin

Öffnungszeiten:

Montag 09:30 Uhr - 18:00 Uhr
Dienstag 09:30 Uhr - 18:00 Uhr
Mittwoch 14:00 Uhr - 18:00 Uhr
Donnerstag 09:30 Uhr - 18:00 Uhr
Freitag 09:30 Uhr - 18:00 Uhr

Tel.: 4401 7782

Fax: 4401 7781

E-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de